

3. Länderberichte

a) Internationale Ebene

Direkte Demokratie in den US-Gliedstaaten im Jahr 2009 – Ein Überblick¹

Hermann K. Heußner

A. Allgemeiner Überblick

In der Regel finden in den meisten US-Gliedstaaten Volksabstimmungen nur alle zwei Jahre zusammen mit den allgemeinen Wahlen statt. Deshalb kam es 2009 im Gegensatz zum Präsidentschaftswahljahr 2008, in dem insgesamt 174 Vorlagen abgestimmt wurden, nur in sieben Staaten zu insgesamt 32 Volksentscheiden.² Auch die „ungeraden Jahre“ für Volksentscheide zu nutzen, ist vorteilhaft, da dies die Abstimmungslast der Bürger in den Präsidentschaftswahljahren und den Midterm-Elections verringert.³ Acht Volksentscheide entfielen auf Volksgesetzgebung. 24 Vorlagen stammten von Parlamenten: 20 waren Verfassungsänderungen und vier betrafen einfache Gesetze bzw. Staatsanleihen. Die Parlamentsvorlagen waren insgesamt zu 75% erfolgreich.⁴ Sechs der Parlamentsvorlagen hatte das kalifornische Parlament im Rahmen eines Haushaltskompromisses den Bürgern bereits am 19. Mai 2009 in einer *Special Election* zur Abstimmung präsentiert.⁵ Von diesen fand jedoch nur eine Zustimmung.⁶

1 Der Beitrag schließt an *H.K. Heußner*, Direkte Demokratie in den US-Gliedstaaten im Jahr 2008, in: L.P. Feld u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2009, 2010, S. 167 ff., an. Dort finden sich auch allgemeine Informationen zu direkter Demokratie und Volksgesetzgebung in den USA.

2 Anhang, Tabelle 1.

3 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 173.

4 Vgl. Anhang, Tabelle 1.

5 Vgl. *J. Steinhauer*, Voters to Face 6 Measures on Finances in California, in: The New York Times v. 18.5.2009, <http://www.nytimes.com/2009/05/20/us/20vote.html?pag>

B. Volksgesetzgebung

2009 kam es in Maine, Ohio und Washington zu Volksgesetzgebung. Insgesamt waren es fünf Gesetzesinitiativen, eine Verfassungsinitiative und zwei fakultative Referenden. Einem Referendum gelang es, das Parlamentsgesetz zu stoppen. Die Gesetzes- und Verfassungsinitiativen waren insgesamt zu 33,3% erfolgreich.⁷ Dies entspricht im Wesentlichen dem langjährigen Trend.⁸ Diese Volksgesetzgebungsvorlagen werden im Folgenden dargestellt.⁹ Eine Übersicht dieser Abstimmungen findet sich im Anhang Tabelle 2.

I. Steuern/Finanzen/Haushalt

Zwei Gesetzesinitiativen thematisierten *Steuern* und *Staatsausgaben* als zentrale Inhalte.¹⁰

In *Maine* wollte *Question 4* das jährliche Wachstum der Staatsausgaben auf den Inflationsanstieg und das Bevölkerungswachstum begrenzen. Das Limit übersteigende Einnahmen sollten zu 80% für Steuersenkungen verwendet werden. Ausnahmen vom Limit müssten von den Wählern in einem obligatorischen Referendum gebilligt werden. Außerdem sollte auch die Erhöhung staatlicher

wanted=print (26.5.2009); *B. Grofman*, Don't blame voters for California's mess, in: Los Angeles Times v. 27.5.2009, <http://www.latimes.com/news/opinion/opinionla/la-oew-grofman27-2009may27,0,4126646.story> (30.5.2009).

6 Anhang, Tabelle 1. – Im nächsten Jahrbuch für direkte Demokratie erscheint ein Beitrag zu direkter Demokratie und Haushaltsskrise in Kalifornien. Vgl. auch *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 169 f. m.w.N.

7 Vgl. Anhang, Tabelle 1.

8 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 174.

9 Die Daten zu den Volksentscheiden entstammen (Zugriff jeweils 25.11.2010), soweit nicht besonders angegeben, der State Ballot Measures Database der *National Conference of State Legislatures (NCSL)*, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=16580>; dem Newsletter *Ballotwatch* v. 2.11.2009 des *Initiative and Referendum Institute (IRI)*, [http://www.iandrinstitute.org/BW%202009-2%20Results%20\(v1\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/BW%202009-2%20Results%20(v1).pdf); der Datenbank *Follow the Money* des *National Institute on Money in State Politics*, http://www.followthemoney.org/database/state_overview.phtml; der online-Enzyklopädie *Ballotpedia*, http://ballotpedia.org/wiki/index.php/Portal:Ballot_measures; und den Voter Information Guides von Kalifornien, <http://voterguide.sos.ca.gov/past/2009/special/>, Maine, <http://www.maine.gov/sos/cec/elec/2009/intent09.htm>, Ohio, http://www.sos.state.oh.us/sos/upload/publications/election/Issues_09.pdf, und Washington, http://wei.secstate.wa.gov/osos/en/PreviousElections/2009/GeneralElection/Pages/OVG_20091103.aspx#osos-Top.

10 Vgl. auch unter B.VI. *Question 2* in Maine, die neben Steuerfragen Umweltschutzaspekte aufweist.

Steuern nur mit Zustimmung der Wähler in einem solchen Referendum möglich sein. Der vorgeschlagene *Act to Provide Tax Relief*, auch *TABOR II* genannt, erzielte nur 39,9% Ja-Stimmen. Bereits 2006 war eine ähnliche Vorlage, nämlich die *Taxpayer Bill of Rights (TABOR)* gescheitert. Die Befürworter, u.a. die *National Taxpayers Union*, argumentierten, die Vorlage diene als Modell für andere Staaten, die zu fiskalischer Verantwortung, Wachstum und Schutz vor höheren Steuern zurückkehren wollten. Sie wendeten ca. 360.000 Dollar auf. Die Gegner, insbesondere Lehrerorganisationen, waren der Auffassung, die Vorlage verschärfe die Rezession in Maine. Die staatlichen Mittel für die Schulen seien gefährdet. Sie brachten knapp 3,4 Mio. Dollar auf, die z.T. auch gegen *Question 2¹¹* eingesetzt wurden.

Initiative 1033 in Washington wollte das Wachstum der öffentlichen Einnahmen ebenfalls auf den Inflationsanstieg und das Bevölkerungswachstum begrenzen. Ausnahmen vom Limit müssten von den Wählern in einem obligatorischen Referendum gebilligt werden. Überschließende Einnahmen wurden für Grundsteuersenkungen vorgesehen. Die Befürworter, darunter wiederum u.a. die *National Taxpayers Union*, wollten an die von den Wählern angenommene *Initiative 601* von 1993 anknüpfen, die Ausgabenlimits statuiert habe, vom Parlament jedoch verwässert worden sei. Die Grundsteuern stiegen zu stark, Washington sei der „8th highest taxed state in the nation“. Die Gegner, darunter Gewerkschaften, *Microsoft* und die katholischen Bischöfe, befürchteten, die Begrenzungen schwächen die öffentlichen Dienstleistungen und Investitionen, erschweren die wirtschaftliche Erholung und führen zu mehr Arbeitslosigkeit. In Colorado habe eine ähnliche, von den Wählern 1992 angenommene Initiative versagt. Die Befürworter konnten nur 727.000 Dollar bereitstellen, während den Gegnern 4,25 Mio. zur Verfügung standen. Die Gesetzesinitiative erreichte lediglich 42,1% Ja-Stimmen.

II. Bürgerrechte

Der Kampf um die rechtliche Anerkennung *gleichgeschlechtlicher Partnerschaften* ging auch 2009 weiter. Zwei fakultative Referenden betrafen diese Materie.¹²

In *Maine* hinderten die Bürger mit 52,9% in einem fakultativen Referendum ein Parlamentsgesetz am Inkrafttreten, das die Ehe für gleichgeschlechtliche Paar-

11 Vgl. unten B.VI.

12 Zu 2008 vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 183 ff.

re einführen wollte. Die offizielle Kampagnenorganisation der Gegner war *Stand for Marriage Maine*. Unter den Gegnern waren u.a. katholische Organisationen. Das Referendum sollte insbesondere die staatliche Verpflichtung, monogame, heterosexuelle Ehen zu fördern, aufrecht erhalten. Dies stelle keinen Angriff auf homosexuelle Lebensstile dar. Die Rechte homosexueller Paare im Rahmen staatlich anerkannter *Domestic Partnerships* blieben unangetastet. Die Befürworter der gleichgeschlechtlichen Ehe – die offizielle Kampagnenorganisation war *Protect Maine Equality* –, darunter u.a. Gewerkschaften und Homosexuellenorganisationen, argumentierten im Kern dahingehend, ohne das Parlamentsgesetz blieben homosexuellen Paaren wichtige Rechte vorenthalten. Die Gegner des Gesetzes sammelten 3,4 Mio. Dollar, die Befürworter knapp 6,6 Mio., darunter ca. 18.000 Einzelpender bzw. Spendenmeldungen. Die finanziellen Gesamtaufwendungen der Kampagnen mit ca. 10 Mio. Dollar waren enorm hoch, wenn man bedenkt, dass Maine lediglich ca. 1,3 Mio. Einwohner hat, in Kalifornien mit knapp 38 Mio. Einwohnern 2008 der Abstimmungskampf für und gegen die rechtliche Anerkennung der Ehe Homosexueller insgesamt jedoch „nur“ 106,6 Mio. Dollar verschlungen hatte und damit der aufwendigste Abstimmungskampf in den USA war, in dem es nicht um wirtschaftliche Interessen ging.¹³

In *Washington* bestätigten die Bürger in einem fakultativen Referendum ein Parlamentsgesetz, das homosexuellen Paaren im Rahmen der *Domestic Partnership* die gleichen Rechte und Pflichten zuordnet wie heterosexuellen Paaren in einer Ehe. Der einzige Unterschied besteht in der Bezeichnung „marriage“. Gegen das Parlamentsgesetz stimmten 46,8%. Das offizielle Komitee der Befürworter des Gesetzes war *Washington Families Standing Together*. Zu den Befürwortern zählten auch *Boeing*, *Microsoft* und *Nike*. Die Befürworter wendeten insgesamt knapp 2,1 Mio. Dollar auf mit mehr als 5.800 Spendenmeldungen. Das Gesetz garantierte, dass alle Familien gleich behandelt würden. Die Gegner brachten lediglich knapp 0,3 Mio. Dollar auf. Ihr Komitee nannte sich *Protect Marriage Washington*. Das Gesetz sei ein Schritt zur Ehe für Homosexuelle. Die Ehe zwischen Mann und Frau sei jedoch die Basis der Gesellschaft.

III. Strafrecht/Kriminalität

In *Maine* war *Question 5* mit 58,9% Ja-Stimmen erfolgreich. Die Vorlage erweitert den Katalog von Krankheiten, für deren Behandlung Marihuana verschrieben werden darf. Entsprechende Patienten einschließlich einer helfenden Person er-

13 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 185.

halten einen Ausweis, der zum Besitz von bis zu 2,5 Unzen Marihuana und bis zu sechs Marihuanapflanzen berechtigt. Non-Profit-Organisationen dürfen regulierte Abgabestellen betreiben. Das Gesetz schützt die berechtigten Personen vor Strafverfolgung. Bereits 1999 hatte eine von den Bürgern angenommene Gesetzesinitiative damit begonnen, den Gebrauch von Marihuana zu medizinischen Zwecken zu entkriminalisieren. Die Befürworter, u.a. die *Maine Citizens For Patient Rights*, die ca. 160.000 Dollar investierten, wiesen insbesondere darauf hin, dass Patienten bisher keinen sicheren Zugang zu Marihuana gehabt hätten. Grundsätzlich bliebe es bei der Strafbarkeit des Marihuakanums. Ein offizielles Gegnerkomitee gab es nicht. Gegen die Vorlage sprach sich u.a. die *Maine Chiefs of Police Association* aus. Mit der Legalisierung der Drogenabgabe, die zu wenig überwacht werde, könne ein Anstieg der Kriminalität einher gehen. Ein Einsatz gegnerischer Gelder wurde nicht angezeigt.

2009 hat das Parlament von *New Mexico* die Todesstrafe abgeschafft.¹⁴ In *New Mexico* besteht zwar keine Gesetzes- oder Verfassungsinitiative. Es existiert jedoch das fakultative Referendum.¹⁵ Es hat Versuche gegeben, mit Hilfe dieses Referendums die Todesstrafe wieder einzuführen.¹⁶ Dazu hatte sich das Komitee *Repeal The Repeal* gegründet.¹⁷ Diese Versuche waren jedoch erfolglos. Es ist zu keinem Volksentscheid gekommen.¹⁸ *New Mexico* zählt auch 2010 zu den US-Staaten ohne Todesstrafe.¹⁹

IV. Glücksspiel

In *Ohio* war die Verfassungsinitiative *Issue 3* mit 53% Ja-Stimmen erfolgreich. Sie ermöglicht jeweils ein Kasino in den vier Städten Cleveland, Columbus, Cin-

14 New Mexico Legislature, 2009 Regular Session, HB 285, Abolish Death Penalty, http://www.nmlegis.gov/lcs/_session.aspx?chamber=H&legtype=B&legno=285&year=09 (2.12.2010); vgl. The New York Times v. 19.3.2009, <http://www.nytimes.com/2009/03/19/us/19execute.html> (2.12.2010).

15 New Mexico Constitution Art. IV § 1. Nach dieser Vorschrift sind allerdings Gesetze ausgeschlossen, die der Wahrung der öffentlichen Sicherheit dienen („laws providing for the preservation of public peace, health or safety“). Das Parlamentsgesetz zur Abschaffung der Todesstrafe könnte Gegenstand eines fakultativen Referendums sein, sofern es nicht unter diesen Ausschlussstatbestand fällt. – Vgl. *H.K. Heußner*, Volksgesetzgebung in den USA und in Deutschland, 1994, S. 38, 166 f., 200 f., 260, 266.

16 Las Cruces Sun-News v. 19.3.2009, http://www.lcsun-news.com/ci_11955779?IADID=Search-www.lcsun-news.com-www.lcsun-news.com (2.12.2010).

17 Näher: <http://www.repealtherepeal.org/> (2.12.2010).

18 Vgl. *NCSL*, Database (Fn. 9).

19 Vgl. Death Penalty Information Center, Facts about the Death Penalty, 29.11.2010, S. 1, <http://www.deathpenaltyinfo.org/documents/FactSheet.pdf> (2.12.2010).

cinnati und Toledo. Die Einnahmen werden mit 33% versteuert und der Ertrag auf die Kommunen und Schulbezirke verteilt. Bisher waren ähnliche Initiativen, die Kasinos zulassen wollten, zuletzt 2008, gescheitert. Hinter der Vorlage stand insbesondere der Kasinobetreiber *Penn National Gaming, Inc.* Die Befürworter, u.a. der Gewerkschaftsbund *AFL-CIO*, führten zusätzliche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen ins Feld. Die Gegner, darunter kirchliche Gruppen, Politiker und linke wie konservative Gruppierungen, bemängelten, die Vorlage diene wohlhabenden Kasinobetreibern und missbrauche die Verfassung, um ein Monopol für Kasinobetreiber von außerhalb des Staates zu begründen. Die Steuern seien zu niedrig. Der Abstimmungskampf war – absolut betrachtet – der aufwendigste aller acht Volksgesetzgebungsverfahren 2009. Die Befürworter brachten 48,6 Mio. Dollar auf, die Gegner 12,2 Mio.

V. Bildung

In *Maine* beabsichtigte die mit 41,7% Ja-Stimmen gescheiterte Gesetzesinitiative *Question 3*, das vom Parlament 2007 verabschiedete Gesetz über die Zusammenlegung von Schulbezirken wieder aufzuheben. Das Parlamentsgesetz, das bereits in Kraft getreten war, wollte die Anzahl der Schulverwaltungen von 290 auf ca. 80 reduzieren. Die Gegner des Gesetzes, darunter die *Green Independent Party*, konnten ca. 66.000 Dollar aufbringen. Sie wiesen darauf hin, dass in über 100 Schulbezirken die Bürger gegen eine Zusammenlegung votiert hätten. Die Befürworter, darunter Gouverneur *John Baldacci*, denen gut 0,5 Mio. Dollar zur Verfügung standen, waren der Auffassung, das Gesetz führe zu einem effizienteren Schulsystem und Kosteneinsparungen.

VI. Umweltschutz

In *Maine* versuchte *Question 2*, die lediglich 25,9% Ja-Stimmen verbuchen konnte, die Steuer zu senken, die jährlich zur Registrierung eines Autos an die jeweilige Kommune zu zahlen ist. Autos, die weniger als sechs Jahre alt sind, sollten weniger als die Hälfte zahlen, Autos mit alternativen, sparsamen Antrieben von dieser Steuer und zusätzlich von der Umsatzsteuer für drei Jahre ausgenommen werden. Die Befürworter, darunter die *National Taxpayers Union*, kritisierten, Maines Autosteuer sei die siebthöchste in den USA. Die Gegner, darunter Lehrer-, Ingenieurs- und Unternehmerverbände, wendeten ein, es sei mit Kürzungen kommunaler Investitionen, insbesondere im Straßenbau für Reparaturen, zu rechnen. Die Steuer sei die zweitwichtigste Einnahmequelle der Gemeinden. Der Schwerpunkt der Vorlage liege nicht im Umweltschutz. Die Be-

fürworter wendeten knapp 90.000 Dollar auf, die Komitees der Gegner 3,3 Mio., wobei diese Mittel z.T. auch im Abstimmungskampf gegen *Question 4*²⁰ eingesetzt wurden.

C. Fazit

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Volksgesetzgebung 2009 entsprechen den Trends der vergangenen Jahre. Von den acht Vorlagen behandelten allein drei (auch) Steuerfragen und zwei gleichgeschlechtliche Partnerschaften.²¹ Mit entschiedenen Mehrheiten wiesen die Wähler die konservativen Initiativen zur Senkung bzw. Begrenzung von Steuern und zur Begrenzung öffentlicher Ausgaben zurück (zwei in Maine, eine in Washington).²² Die Wirtschaftskrise führte nicht zu fiskalisch restriktiven Entscheidungen. Die Aussicht auf geringere Steuern verfing nicht.²³ In allen drei Abstimmungskämpfen standen den Gegnern im Vergleich zu den Befürwortern jedoch ein Vielfaches an finanziellen Mitteln zur Verfügung.²⁴

Die beiden Referenden zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zeigen – ähnlich wie teilweise 2008 – ein differenziertes Bild im Umgang mit Minderheiten.²⁵ Zwar will eine nicht allzu große Mehrheit die Ehe heterosexuellen Paaren vorbehalten (Maine), der Ehe gleichgestellte homosexuelle Partnerschaften werden jedoch akzeptiert (Washington). Insbesondere die Abstimmung in Maine macht deutlich, dass das Volksgesetzgebungsverfahren geeignet ist, weit verbreitete Anliegen im Volk zu artikulieren und Parlamentsgesetze zu korrigieren. So engagierten sich einerseits Bürger mit ca. 18.000 Einzelpenden für die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe. Andererseits setzte sich die konservative Volksmehrheit gegen die fast doppelte so starke finanzielle Überlegenheit der Befürworter des Parlamentsgesetzes zur Einführung der „Homoehe“ durch.

20 Vgl. oben B.I.

21 Vgl. *IRI* (Fn. 9), S. 1.

22 Vgl. *IRI* (Fn. 9), S. 1; *Ballot Initiative Strategy Center*, Ballot Bulletin, Post-Election 2009, 1 f., http://bisc.3cdn.net/9daef02fc03a6ae9d9_rvm6id1we.pdf (3.12.2010).

23 Zu ähnlichen Verläufen in 2008 vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 175 ff., 195.

24 Zum Einfluss von Finanzüberlegenheit auf Volksentscheidergebnisse vgl. näher *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 171 f., 197 ff. m.w.N.

25 Zu Minderheiten und Volksgesetzgebung vgl. näher *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 172 f., 183 ff., 195 f. m.w.N; *ders.*, Minorities and Direct Democracy in the USA: Direct Legislation Concerning Minorities and Instruments of Minority-Protection, in: W. Marxer u.a. (Hrsg.), *Direct Democracy in Modern Europe*, Vol. 3. Direct Democracy and Minorities, 2011, i.E.

Ähnlich wie schon 2008²⁶ war auch 2009 das liberale Anliegen, den medizinischen Gebrauch von Marihuana weiter zu entkriminalisieren, erfolgreich (Maine). Anders als in bisherigen Anläufen,²⁷ konnte sich jedoch nunmehr in Ohio ein Kasinounternehmen mit enormer finanzieller Überlegenheit durchsetzen, Kasinos zukünftig betreiben zu dürfen. Dass die Schulen durch Steuereinnahmen profitieren sollen, könnte den Ausschlag für den Sieg gegeben haben.²⁸

Insgesamt hat sich auch im Jahr 2009 Volksgesetzgebung in den US-Gliedstaaten grundsätzlich bewährt.²⁹ Für die deutsche Diskussion um Einführung von Volksgesetzgebung auf Bundesebene ist insbesondere bemerkenswert, dass New Mexico 2009 die Todesstrafe abgeschafft hat. Das Volk hat dagegen seither jedoch kein fakultatives Referendum ergriffen. Damit gibt es nunmehr sieben US-Gliedstaaten einschließlich Washington D.C. (Alaska, Maine, Massachusetts, Michigan, New Mexico, North Dakota), die einerseits bestimmte Formen von Volksgesetzgebung zur Verfügung stellen,³⁰ andererseits jedoch die Todesstrafe abgeschafft haben.³¹

26 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 188 f., 195.

27 Vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 189.

28 Vgl. NCSL, Few Surprises in 2009 Ballot Measure Elections, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=19053> (1.2.2010).

29 Zum Fazit für 2008 einschließlich der Benennung gravierender Mängel im amerikanischen Volksgesetzgebungssystem vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 169 ff., 194 ff. m.w.N.

30 Für eine Auflistung aller Volksgesetzgebungsstaaten in den USA vgl. *Heußner*, US-Gliedstaaten 2008 (Fn. 1), S. 167, 200 f.

31 Vgl. *Death Penalty Information Center* (Fn. 19), S. 1; vgl. auch *H.K. Heußner*, Volksgesetzgebung und Todesstrafe, in: RuP 1999, 92 ff. In Massachusetts hat der Supreme Judicial Court 1984 das Gesetz über die Todesstrafe für verfassungswidrig erklärt, ein verfassungsgemäßes Gesetz wurde bis heute nicht verabschiedet, vgl. näher *J.F. Galliher u.a.*, America without the Death Penalty, 2002, S. 220 ff.; No Death Penalty, The death penalty in Massachusetts, Facts and History, <http://www.nodp.org/ma/s1.html> (2.12.2010).

Tabelle 1: Volksentscheide in den US-Gliedstaaten im Jahr 2009³²

Staat	Volksgesetzgebung					Gesamt
	Gesetzesinitiative	Verfassungsinitiative	Fakultatives Referendum ³⁵	Verfassungsreferendum ³³	Sonstige ³⁴	
Kalifornien	0	0	0	4 ³⁶ /1	2/0	6/1
Maine	4/1	–	1/1	1/0	1/1	7/3
New Jersey	–	–	–	0	1/1	1/1
New York	–	–	–	2/2	0	2/2
Ohio	0	1/1	0	2 ³⁷ /2	0	3/3
Texas	–	–	–	11/11	0	11/11
Washington	1/0	–	1/0	0	0	2/0
Gesamt	5/1 (20%)	1/1 (100%)	2/1 (50%)	20/16 (80%)	4/2 (50%)	32/21 (65,6%)

Quellen (jeweils 25.11.2010): National Conference of State Legislatures (NCSL), State Ballot Measures Database, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tab-id=16580>; Initiative & Referendum Institute, Ballotwatch, 2009, No. 2, November (updated 11/4/2009), [http://www.iandr-institute.org/BW%202009-2%20Results%20\(v1\).pdf](http://www.iandr-institute.org/BW%202009-2%20Results%20(v1).pdf); Voter Information Guides von Kalifornien, <http://votergui-de.sos.ca.gov/past/2009/special/>, Maine, <http://www.maine.gov/sos/cec/elec/2009/intent09.htm>, Ohio, http://www.sos.state.oh.us/sos/upload/publications/election/Issues_09.pdf, und Washington, http://wei.secstate.wa.gov/osos/en/PreviousElections/2009/GeneralElection/Pages/OGV_20091103.aspx#ososTop; eigene Recherchen und Zusammenstellung.

32 Anzahl der Abstimmungsvorlagen/Anzahl der angenommenen Vorlagen (Erfolge in Prozent).

33 Annahme der zur Abstimmung gestellten Verfassungsvorlage wird als Erfolg gezählt.

34 Gesetzesvorlagen des Parlaments (Kalifornien), Anleihevorlagen des Parlaments (Maine, New Jersey).

35 Eine Mehrheit gegen das Parlamentsgesetz wird als Erfolg des Referendums gezählt.

36 *Proposition 1C* betrifft auch Gesetze.

37 *Issue 1* enthält Anleihevorlage.

Tabelle 2: Abgestimmte Gesetzesinitiativen (GI), Verfassungsinitiativen (VI) und fakultative Referenden (R)³⁸ in den US-Gliedstaaten im Jahr 2009

Staat	Art der Vorlage	Bezeichnung	Thema	Ja in %	Erfolg
Maine					
	R	Question 1	Gegen Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehen	52,9	+
	GI	Question 2	Steuersenkung für neuere Autos und solche mit alternativen Antrieben	25,9	-
	GI	Question 3	Aufhebung des Parlamentsgesetzes über die Zusammenlegung von Schulbezirken	41,7	-
	GI	Question 4	Begrenzung von Staatsausgaben. Obligatorisches Referendum für Ausnahmen und Steuererhöhungen.	39,9	-
	GI	Question 5	Erweiterte Zulässigkeit des medizinischen Gebrauchs von Marihuana; Erlaubnis für Non-Profit-Abgabestellen	58,9	+
Ohio					
	VI	Issue 3	Erlaubnis für Kasinos in Cleveland, Columbus, Cincinnati, Toledo	53,0	+
Washington					
	GI	Initiative 1033	Begrenzung von Wachstum öffentlicher Einnahmen. Obligatorisches Referendum für Ausnahmen.	42,1	-
	R	Referendum Measure 71	Gegen mit Ehe gleichgestellte homosexuelle Lebenspartnerschaften	46,8	-

Quellen (jeweils 25.11.2010): National Conference of State Legislatures (NCSL), State Ballot Measures Database, <http://www.ncsl.org/default.aspx?tabid=16580>; Initiative & Referendum Institute, Ballotwatch, 2009, No. 2, November (updated 11/4/2009), [http://www.iandrinstitute.org/BW%202009-2%20Results%20\(v1\).pdf](http://www.iandrinstitute.org/BW%202009-2%20Results%20(v1).pdf); Voter Information Guides von Maine, <http://www.maine.gov/sos/cec/elec/2009/intent09.htm>, Ohio, http://www.sos.state.oh.us/sos/upload/publications/election/Issues_09.pdf, und Washington, http://wei.secstate.wa.gov/osos/en/PreviousElections/2009/GeneralElection/Pages/OGV_20091103.aspx#ososTop; eigene Recherchen und Zusammenstellung.

38 Eine Mehrheit gegen das Parlamentsgesetz wird als Erfolg des Referendums gezählt.